

ZUM STREIT UM DIE VOLLBESCHÄFTIGUNG

Die Hamburger Wochenschrift „Die Zeit“ befaßte sich in ihrer Ausgabe vom 25. Januar 1951 mit zwei wissenschaftlichen Tagungen, die im vorigen Jahr dem Thema der Vollbeschäftigung gewidmet worden sind. Sie stellt die Oberhausener Tagung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) im März 1950 der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Oktober 1950 gegenüber. Der Tagung des WWI stellt sie ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Dort sei nicht Theorie, sondern Ideologie vorgetragen worden, obendrein — zumindest von Seiten der deutschen Teilnehmer — sehr doktrinär und wenig sachlich, „Besonders fragwürdig“, sind nach Ansicht des Kritikers, „die Darlegungen von Viktor Agartz und Gerhard Weißer.“ Bei dem Letztgenannten sieht er besonders darin einen Mangel an Sachlichkeit, daß er einige Bemerkungen der Wochenschrift im vorigen Jahr so gedeutet hat, wie sie gemeint sein dürften, nämlich maliziös.

Der mit H. K. gezeichnete Artikel ist ein Musterbeispiel für die jedem Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung nur zu wohl bekannte Methode ihrer Feinde, möglichst jede tiefere Auseinandersetzung mit den Argumenten des Gegners zu vermeiden, damit man ihn — je nach Bedarf — zum bösen Mann oder Ignoranten stempeln kann. Diese Methode wird hier auf den Streit um die Geldpolitik angewendet.

Es ist zwecklos, dieser Art von Polemik mit berichtenden Erwiderungen entgegenzutreten. Es besteht aber die Aufgabe zu verhüten, daß durch diese Kampfmethoden Vorurteile auch bei denjenigen hervorgerufen werden, die an und für sich bereit sind, sich mit den Argumenten der Anhänger einer elastischen Geldpolitik sachlich auseinanderzusetzen.

Zunächst: Die Forderung derjenigen, die in Westdeutschland eine aktive, elastische Geldpolitik vermissen, heißt nicht etwa: Geldschöpfung um jeden Preis und unter allen Umständen! Sie resultiert vor allem *nicht aus einer Vorliebe für Zwangswirtschaft*. Zwangswirtschaft wollen weder die Liberalen noch die demokratischen Sozialisten. Sie ist keine sozialistische Erfindung, sondern eine „Schöpfung“ der Kriegs- und Rüstungswirtschaft (wie jetzt wieder!) und ergab sich in den letzten Jahrzehnten zweimal aus einer Methode der Kriegsfinanzierung, die zu ungeheuerlichen Inflationen führte. Niemand will in Deutschland Geldschöpfung, die zu Inflation mit allen ihren Übeln führen würde — auch nicht zum Zwecke der Vollbeschäftigung.

Bis zum Überdruß haben ferner die Befürworter elastischer Geldpolitik, wie beispielsweise der Verfasser selbst seit 1945, immer wieder betont, daß im Raum der Bundesrepublik *keine „Keynes-Situation“ gegeben ist*. Es liegt keine Abneigung der Unternehmen gegen Anlage liquider Mittel in Investitionen vor, es besteht vielmehr in großem Umfange jene Unausgeglichenheit der westdeutschen Wirtschaft, die zu sogenannter struktureller Arbeitslosigkeit führt. Das wissen alle. Gleichwohl weist der Hamburger Kritiker auf diese strukturelle Arbeitslosigkeit (Vertriebenenproblem, Zonentrennung, Demontagen usw.) mit schulmeisterlich erhobenem Finger hin, als ob es jemanden gäbe, der die Bedeutung dieser Tatsache für das Beschäftigungsproblem verkennte. Sehr bewußt hat übrigens im Hinblick auf diese Schwierigkeiten der Verfasser in Oberhausen nicht das Schlagwort „Vollbeschäftigung“ gebraucht, sondern von der „Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsgrades“ gesprochen.

Man darf nur nicht das Folgende außer acht lassen: *Auch zur Bekämpfung struktureller Arbeitslosigkeit können und sollen unter bestimmten Umständen geldpolitische Maßnahmen angewendet werden.* Die in dem Wirtschaftswissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums zusammenwirkenden Professoren der Nationalökonomie — darunter mehrere Redner der Pyrmonter Tagung des Vereins für Sozialpolitik und der Verfasser — haben dies in einem ihrer Gutachten mit Nachdruck betont ¹⁾. Wir haben dieses Gutachten in dem Beirat einstimmig beschlossen. Ein Gutachten des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzminister hat sich in gleichem Sinne geäußert.

Ausschlaggebende Gründe für eine „monetäre Unterstützung der Eingliederung der Arbeitslosen“ (Beiratsgutachten) sind in bestimmten Zeitabschnitten seit der Währungsreform vorhanden gewesen. Wir haben nach der Geldüberfülle im Herbst 1948 vom Frühjahr 1949 an eine Art „*relativer Deflation*“ gehabt. Sie hat bis weit in das Jahr 1950 hinein bestanden. In dieser Zeit wäre die Schaffung zusätzlicher Nachfrage angebracht gewesen. Sie hätte diejenige Arbeitslosigkeit beseitigen können, die aus rein monetären Gründen entstanden war, und sie hätte zu einem gewissen Teil auch die strukturelle Arbeitslosigkeit verringern können. Durch eine richtig angesetzte Nachfrage hätten damals brachliegende Produktionsfaktoren menschlicher und sachlicher Art in der Weise kombiniert werden können, daß es nicht zu einer neuen Engpaßsituation gekommen wäre. Auch die auf dem Wege über die vermehrte Beschäftigung entstehende erhöhte Nachfrage nach Konsumgütern hätte damals ohne wesentliche Steigerung der Preise befriedigt werden können; zumal dann, wenn man gleichzeitig die von den Beiräten der Bundesregierung immer wieder empfohlenen Maßnahmen zur Förderung des Konsumentensparens intensiviert hätte. Damit wäre bestimmt nicht die gesamte Arbeitslosigkeit beseitigt worden, aber doch ein wesentlicher Teil. Wenn man bis zum heutigen Tage Belehrungen über nicht vorhandene Keynes-Situationen und über die Unlösbarkeit des Problems struktureller Arbeitslosigkeit allein mit monetären Mitteln für nötig hält, so mag das nützlich sein, wenn man das Schuldkonto der geldpolitischen Unterlassungen in jener Zeit verdecken will. Man sollte aber dem Rechtfertigungsbedürfnis nicht so weit nachgeben, daß dadurch der Weg zu einer besseren Geldpolitik in der Zukunft versperrt wird. Eine solche Lage wie in der Zeit 1949/50 kann ja jederzeit wiederkommen. Wenn inzwischen für weite Teile der Öffentlichkeit der Begriff der elastischen Geldpolitik in Mißkredit gebracht worden ist, entsteht die Gefahr, daß die in der öffentlichen Meinung erzeugten Vorurteile eine elastische Anpassung der Geldpolitik an die dann bestehende Lage verhindern. Es wird dann erneut zu einer starren, die produktiven Kräfte der Wirtschaft vernachlässigenden Geldpolitik kommen.

Selbstverständlich muß eine elastische Geldpolitik der jeweiligen wirtschaftlichen Situation angepaßt werden. Als im Herbst 1948 Kreise der Wohnungswirtschaft die Finanzierung des Wohnungsbaues aus Geldschöpfungsmitteln empfahlen, hat der Verfasser verhindert, daß diese Forderung an die Bundesregierung herangebracht wurde. Damals bestand eindeutig Inflation. In dieser Zeit hätte die Schaffung zusätzlicher Nachfrage lediglich zu Preissteigerungen geführt, aber im folgenden Jahr und in der ersten Hälfte des Jahres 1950 war es anders. Jetzt besteht wiederum eine neue Situation, in ihr wird kein vernünftiger Geldpolitiker die Schaffung zusätzlicher Nachfrage fordern.

¹⁾ Gutachten des Wirtschaftswissenschaftlichen Beirates vom 18. September 1949 Ziffer 5; abgedruckt in „Der wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft“, Göttingen, Verlag Schwartz & Co., 1950

Wie oft ist gerade auch von den Anhängern einer elastischen Geldpolitik betont worden, daß bei dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft *nicht einfach Kapital durch Geld ersetzt werden kann!* Wenn Geldschöpfung gefordert wurde, dann nur insofern als jene relative Deflation bestand. Im übrigen, d. h. bei richtiger Geldversorgung, ist klar, daß der Wiederaufbau Kapitalbildung und also Konsumverzicht erfordert. *Diese Forderung des Konsumverzichts hat übrigens nichts mit der Höhe der Reallöhne zu tun.*

Der „Zeit“-Artikel will mich darüber belehren, daß man als Mittel einer elastischen Geldpolitik so lange nicht „Offenmarktpolitik“ der Notenbank empfehlen darf, wie es keinen echten Kapitalmarkt gibt. „Die Zeit“ hätte beachten sollen, was ich *eben deshalb* in Oberhausen ganz bewußt ausgeführt habe. Ich habe eine Politik empfohlen, die „sich der Technik der Offenmarktoperation bedient“. Längst zuvor hatte ich nämlich in den Beratungen des Finanzausschusses des Bundesrates bzw. des Länderrates keinen Zweifel darüber gelassen, daß meine Empfehlungen nicht eine Offenmarktpolitik im üblichen Sinne zum Ziel hatten. Mir kam es darauf an, daß ein erheblicher Teil der zu schaffenden zusätzlichen Nachfrage nicht über den Staatshaushalt geht, sondern über die Realcreditinstitute, wobei die *Technik* naturgemäß in dem Erwerb von Schuldverschreibungen bestehen muß. Von diesen Schuldverschreibungen wird aber von vornherein nicht unterstellt, daß sie alsbald oder in Kürze wieder abgesetzt werden können. Der Vorteil besteht nur darin, daß bei dieser Methode der Schöpfung zusätzlicher Nachfrage die Erfahrungen der Realcreditinstitute bei der Gewährung von Anlagekredit verwendet werden können.

Eine elastische Geldpolitik kann bei der gegebenen *Ausfuhrabhängigkeit* der deutschen Wirtschaft leicht dazu führen, daß eine übermäßige Nachfrage nach, Einfuhrgütern und eine Verringerung der Exportleistung entsteht. Zu diesem Problem haben die Anhänger einer aktiven Geldpolitik einen klaren Standpunkt. Erwünscht würde die Bildung großer kontinentaler oder überkontinentaler Wirtschaftsräume sein, in denen es zu keiner zwangswirtschaftlichen Beschränkung des Außenhandels käme. Alle angeschlossenen Staaten müßten dazu eine gleichartige, nicht deflationistische Wirtschaftspolitik betreiben. Solange aber diese hinreichenden großen Wirtschaftsräume mit einheitlicher Geldpolitik nicht bestehen, gibt es in bestimmten Lagen nur die Wahl zwischen zwei Übeln. Entweder wir versorgen unsere Volkswirtschaft mit Geldmengen, die ihrer wachsenden Produktivität entsprechen, und beschränken dadurch die Arbeitslosigkeit auf das jeweils geringstmögliche Maß, dann werden unter bestimmten Umständen Einfuhrbeschränkungen unvermeidlich sein; oder aber wir unterlassen Beschränkungen des Außenhandels, dann werden wir unter bestimmten Umständen zu Deflation und Vermehrung der Arbeitslosigkeit genötigt sein. Verglichen mit dieser zweiten Alternative erscheinen zeitlich begrenzte, nicht auf die Dauer gedachte Außenhandelsbeschränkungen als das geringere Übel. Kein Mensch denkt daran, im Schutz von Außenhandelsbeschränkungen für das Inland eine Geldpolitik zu betreiben, die auf eine neue Inflation und eine dauerhafte Zwangswirtschaft hinaus käme. Diejenigen aber, die in einer so schwierigen volkswirtschaftlichen Gesamtlage wie der gegenwärtigen nur das Deflationsrezept zur Hand haben, vergewaltigen die produktiven Kräfte der Wirtschaft — die menschlichen und die sachlichen — und bringen sie dem Dogma des „Laissez-faire“ zum Opfer.

Schriften zum Thema „Vollbeschäftigung“ im Bund-Verlag, Köln.

Vollbeschäftigung, Ergebnisse einer Arbeitstagung mit Beiträgen von V. Agartz, G. Worswick, R. Wagenführ,

R. Nimptsch, F. A. Burchardt, P. Streeten, Th. Balogh, A. Flanders, Gerhard Weisser. 1950, 240 S., Ln. 7,50 DM.

Nationale und Internationale Maßnahmen zur Vollbeschäftigung. UNO-Denkschrift. 1950, 180 S., Ln., 5,60 DM.

Der Weg zur Vollbeschäftigung. Wagenführ, Rolf. Gemeinverständliche Einführung, 1950, 56 S., brosch. 1,— DM.